

Netzpolitik in der Schweiz 2016 @ 33C3

Verankerung des Fichenstaats – und Widerstand dagegen

27. Dezember 2016



Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

- Netzsperrern

- Fernmeldegesetz

- Urheberrechtsgesetz

- Datenschutzgesetz

- eVoting

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

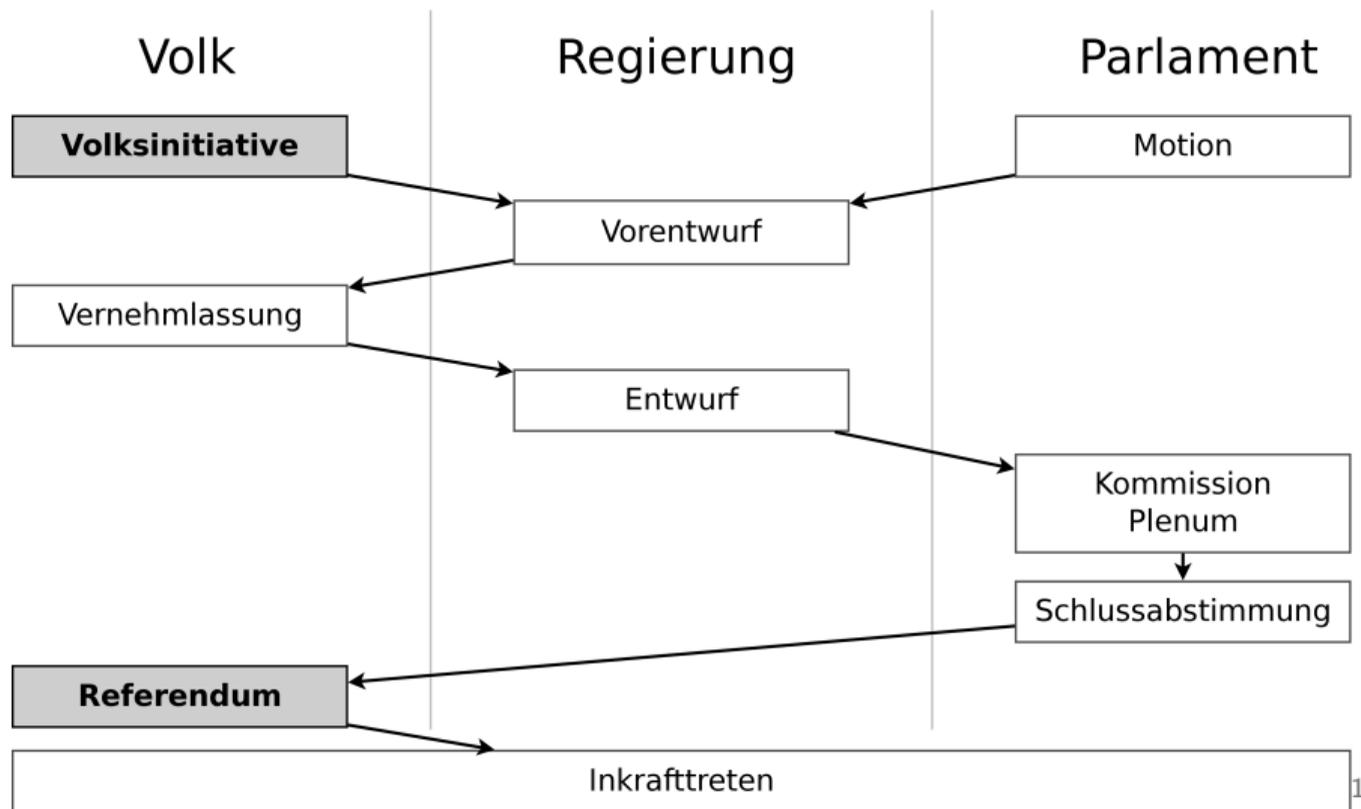
Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Gesetzgebungsprozess in der Schweiz



¹Quelle: <http://www.parlament.ch/d/dokumentation/dossiers/Documents/Schema-d.pdf>

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Sammlung

- ▶ linkes Bündnis
- ▶ Netzpolitische Organisationen: 7k versprochen 11k gesammelt

Abstimmungskampf

- ▶ Kein Geld für Kampagne (Plakate)
- ▶ Socialmedia Awareness Kampagne
- ▶ Resultat: 35 % Nein | 65 % Ja
- ▶ Nachwahlbefragung: Unter 40 Jährige stimmten Nein

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

- ▶ Was bisher geschah
- ▶ Die Demo (2014)
- ▶ Das Referendum (2016)
- ▶ Aussichten

Don't Make Schnüffelstaat Great Again

Das Recht auf Privatsphäre gemäss Artikel 13 Bundesverfassung . . .

Art. 13 Schutz der Privatsphäre

¹ Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

² Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.

. . . entwickelt sich zu einer menschen- und bürgerrechtlichen Utopie zurück!

Totalrevision des BÜPF

Bundesgesetz betreffend die (Massen-)überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (kurz: BÜPF):



Spätestens seit der Sklaverei sollte zumindest politischen bewussten Menschen bekannt sein, dass man als Mensch die persönliche Freiheit und somit die Privatsphäre braucht, wenn man denn als Mensch frei sein will.

Finanzielle Kosten wichtiger als persönliche Freiheit

“Umstrittener als die Staatstrojaner war im Ständerat die Frage, ob Fernmeldeunternehmen, welche Überwachungen ermöglichen müssen, weiterhin für ihren Aufwand entschädigt werden sollen.” – Quelle: Tages-Anzeiger, 19.2.2014



Nicht paranoid – dennoch überwacht

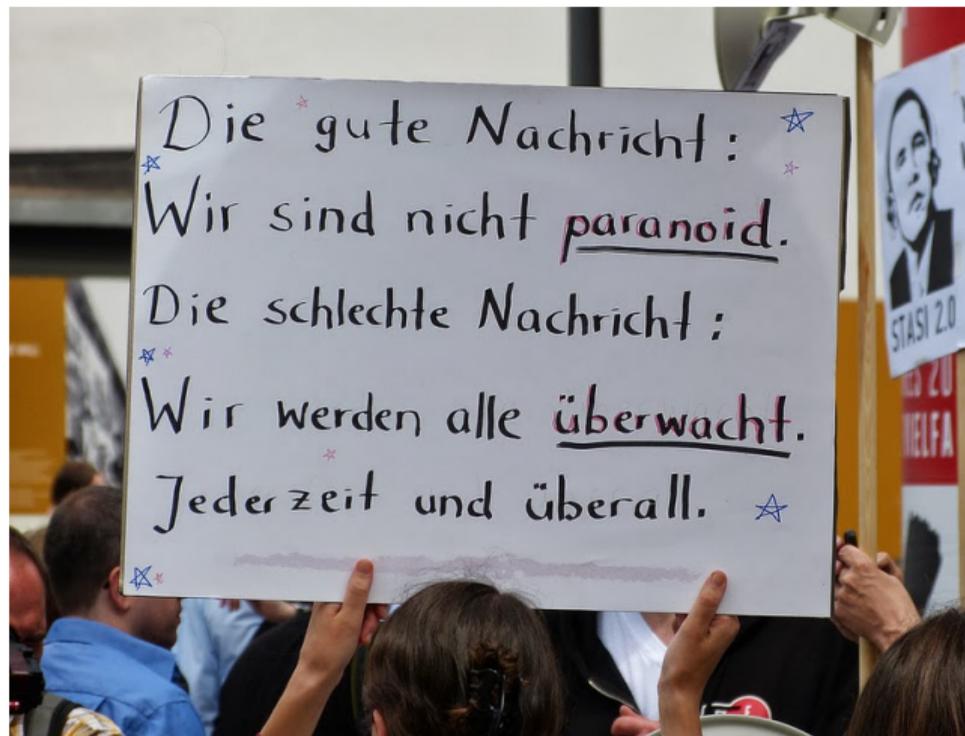


Abbildung : <http://mahablog.soup.io>

Schon 2014: BÜPF-Demo (1)



**STOP
BÜPF**

- ALL EYES ON YOU -

DEMO SAMSTAG 31. MAI 2014
15 UHR BUNDESPLATZ BERN

- FÜR DAS GRUNDRECHT AUF PRIVATSPHÄRE
- FÜR FREIHEIT UND RECHTSSTAAT
- GEGEN ÜBERWACHUNG AUF VORRAT
- GEGEN DEN STAATSTROJANER
- GEGEN DAS NEUE ÜBERWACHUNGSGESETZ BÜPF

Unterstützende Parteien

ps-partei AL SP jungfreisinnige
junge grüne GRÜNE grünliberale JUZO

Organisationen Infos

DIGITALE
GEBILDETHEIT

stopbuepf.ch
twitter.com/stopbuepf
facebook.com/stopbuepf

Schon 2014: BÜPF-Demo (2)



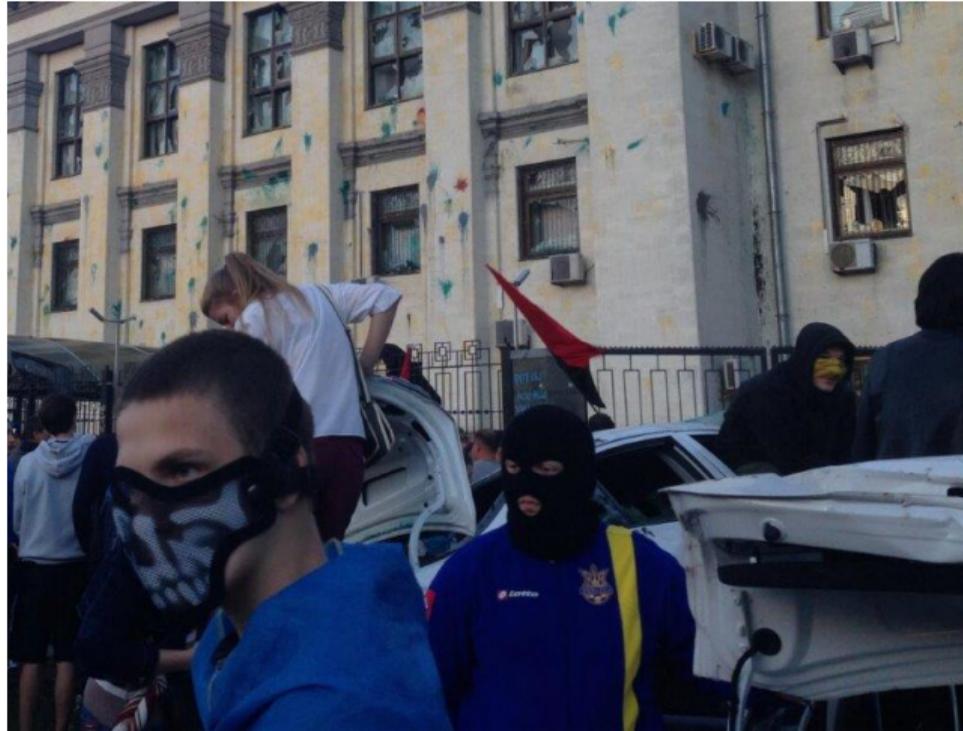
Schon 2014: BÜPF-Demo (3)



Schon 2014: BÜPF-Demo (4)



Schon 2014: BÜPF-Demo (5)



Schon 2014: BÜPF-Demo (6)



2016: Startschuss zum Referendum

Der Nationalrat zeigte sich nicht weltfremd, aber lernresistent und stimmte mit **160** zu ...



... Stimmen für die Verschärfung des neuen BÜPF.

UNTERSTÜTZENDE POLITISCHE PARTEIEN



Referendumsorganisationen gegen das BÜPF

UNTERSTÜTZENDE ORGANISATIONEN UND FIRMEN



Kick-Off: Pressekonferenz zum Referendum BÜPF



Bescheinigungsprozess im Hackerspace CCCZH (1)



Bescheinigungsprozess im Hackerspace CCCZH (2)



StopBÜPF-Film zur Sammelmobilisierung



Und die Parteien sammeln doch . . . sammeln sie denn genug?



Der (schwerwiegende) Bescheinigungsprozess



Schnell, schnell noch mehr Sammeln – Wetter hin oder her!



Die speziesweite Ernüchterung . . .



Trotz mulmigem Gefühl: Einreichung @ Bundeskanzlei!



Aussichten? Wolkig bis heiter . . .

- ▶ Wir sind auf der Adressatenliste zur **Vernehmlassung** des neuen BÜPFs im Frühling 2017. Dort können wir uns durch eine Stellungnahme einbringen, um die Verordnung abzuschwächen: wir geben nicht auf!
- ▶ Wir haben das Mittel einer **Volksinitiative**, selbst wenn die Auswirkungen der nun verstärkten Massenüberwachung in der Schweiz auch unsere einzigartige Direkte Demokratie schwächen.
- ▶ **An alle:** Bitte gebt nicht nach, sondern bleibt weiterhin aktiv, damit wir unsere persönliche Freiheit – online sowie AFK – selbstbestimmen können!

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

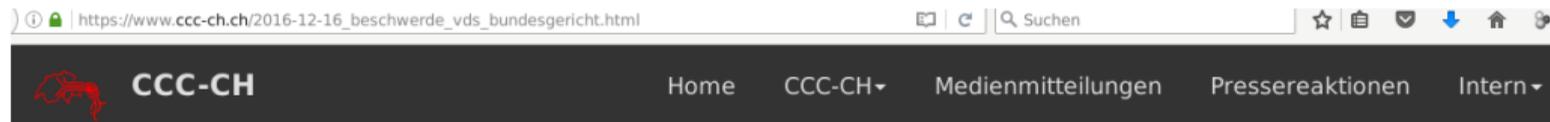
Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Speicherfristen Schweizer Massenüberwachung

- ▶ Metadaten aller Kommunikation muss von **Zugangsprovidern** sechs Monate festgehalten werden: für **rückwirkenden** Zugriff bei Strafverfolgung. (BÜPF Art. 12)
- ▶ Bei **Funk-Massenüberwachung** können Meta-Daten fünf (!) Jahre (VEKF Art. 4 Abs. 3) & Inhaltsdaten 1.5 (!) Jahre gespeichert werden (VEKF Art. 4 Abs. 2).
- ▶ Totalrevision **Überwachungsgesetz BÜPF** mit Ausdehnung der VDS auf alle Schweizer E-Mail-, Chat- usw. -Anbieter.
- ▶ **Geheimdienstgesetz NDG** mit neuer VDS für Glasfaserleitungen und **vollem Zugriff** auf die (erweiterte) **BÜPF-VDS** im Verdachtsfall.

MM CCC Schweiz zur Beschwerde VDS vor Bundesgericht



NÄCHSTER HALT FÜR DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG SCHWEIZ: BUNDESGERICHT!

Mit Urteil A-4941/2014 vom 9. November 2016 hat das Schweizer Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde von sechs Personen aus dem Umfeld der Digitalen Gesellschaft Schweiz an den Dienst ÜPF abgewiesen, welcher zuständig für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs in der Schweiz ist. Diese Personen, darunter Aktivist und Pressesprecher des CCC Schweiz, Hernâni Marques, hatten gefordert die Speicherung von Vorratsdaten über sie zu unterlassen.

Dieses Urteil ziehen die betroffenen Beschwerdeführer mit Datum vom 15. Dezember 2016 nun vor das Schweizer Bundesgericht in Lausanne zur Neubeurteilung weiter:

[Beschwerde VDS Bundesgericht \(PDF\)](#)

MM Digiges Schweiz zur Beschwerde VDS vor Bundesgericht

<https://www.digitale-gesellschaft.ch/2016/12/16/digitale-gesellschaft-geht-vor-bundesgericht/>

Suchen

Vorratsdatenspeicherung: Digitale Gesellschaft geht vor Bundesgericht

Von [Kire](#) am 16.12.2016 in [Überwachung](#)

Mit der **Vorratsdatenspeicherung** wird von allen Menschen während mindestens sechs Monaten gespeichert, wann und wo sie wie und mit wem kommuniziert haben. Für jede Person in der Schweiz wird ohne Anlass und ohne Verdacht ein detailliertes Profil erstellt. Diese Massenüberwachung betrifft ohne Ausnahme alle Menschen. Sie nimmt auch keine Rücksicht auf das Anwaltsgeheimnis, das Arztgeheimnis und den Quellenschutz von Journalisten. Jede Person in der Schweiz steht Tag und Nacht unter Verdacht.



Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Netzsperrern

Fernmeldegesetz

Urheberrechtsgesetz

Datenschutzgesetz

eVoting

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Netzsperrern

Fernmeldegesetz

Urheberrechtsgesetz

Datenschutzgesetz

eVoting

Und alle so ... "Netzsperrn!"



... das Mittel gegen alles Böse

Geldspielgesetz (15.069)

- ▶ Ziele: Schutz vor Spielsucht und weiteren Gefahren, Spielgewinne sollen alle gleich behandelt werden, Internetglückspiele sollen erlaubt und Bewährtes beibehalten werden.
- ▶ Stand: In Beratung im Parlament.
- ▶ Hauptkritikpunkt: Netzsperrern um nichtlizenzierte Onlinespiele einschränken.

- ▶ Einnahmen aus dem Lotteriefonds 557 Mio. SFr. (2012) an Kantone und Sportvereine.
- ▶ Spielbankabgaben an Vorsorge-Fonds (AHV/IV) 320 Mio. SFr. (2012).
- ▶ Geschätzte Umsätze im Internet: 160 Mio. SFr. (2011).

- ▶ Spieler vor sich selbst schützen – anachronistisches Geschäftsmodell beibehalten.
- ▶ Mehreinnahmen aus dem Internet sollen erzielt und durch Konzessionserteilung und Netzsperrern für nicht konzessionierte Angebote eingeschränkt werden.
- ▶ Problem: (Zu?) Spätes Engagement der Internetbranche.

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Netzsperrern

Fernmeldegesetz

Urheberrechtsgesetz

Datenschutzgesetz

eVoting

- ▶ Ziel: Konsumenten Anliegen stärken, Nutzung des Funkspektrums liberalisieren, Anbieterinnen administrativ entlasten.
- ▶ Stand: Vernehmlassung abgeschlossen.
- ▶ Hauptkritikpunkte: Netzsperrern, fehlende Netzneutralität, Datenhoheit der Metdaten.

Unterdrückung von pornografischem Inhalt (harte Pornografie nach Art. 197 Abs. 4 und 5 des Strafgesetzbuches)

- ▶ Freiwilligkeit der Provider wird aufgegeben, ohne Angabe von Gründen.
- ▶ Doch: Die Sperrliste soll öffentlich sein (Hallo? Anleitung?!).
- ▶ Wie sie umgangen werden kann, steht in der Vernehmlassungsantwort der Piratenpartei Schweiz (vgl. BAKOM-Seite).²

²https://www.bakom.admin.ch/dam/bakom/de/dokumente/tc/Stellungnahmen_FMG_revision_2016_Autres_participants/095%20-%20Stellungnahme%20Piratenpartei%20Schweiz%20-%2031.03.2016.pdf.download.pdf/095%20-%20Stellungnahme%20Piratenpartei%20Schweiz%20-%2031.03.2016.pdf

- ▶ Im Entwurf wird nur von einer Auszeichnungspflicht gesprochen – wir fordern eine Nichtdiskriminierung der Datenströme!
- ▶ Im Vorfeld: Publikation eines “Code of Conduct” der (grossen) Provider.
- ▶ Eintreten auf Motion Glättli (2015) gescheitert.

- ▶ Präzisierung was gespeichert werden soll.
- ▶ Forderung: Nur abrechnungsrelevante Elemente für die Abrechnungsperiode sollen gespeichert werden!
- ▶ Forderung: Datenhoheit muss beim Kunden sein – Weitergabe für Verzeichnisdienste darf nur bei Opt-In gelten!

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Netzsperrern

Fernmeldegesetz

Urheberrechtsgesetz

Datenschutzgesetz

eVoting

- ▶ Ziel: “Modernisierung” des Urheberrechtes, effizientere “Pirateriebekämpfung”, “aufklärende” Hinweise an Nutzer (. . . Three-Strikes), Förderung Nutzung digitaler Angebote (fällig seit Napster-Zeiten . . .).
- ▶ Stand: Regelrechter Scherbenhaufen nach der Vernehmlassung (tausende von Eingaben, auch von “einfachen” Bürgern).
- ▶ Hauptkritikpunkt: Netzsperrern, Take-Down-Notices (DMCA-style), Kriminalisierung der Kunden, Auskunftsrechte zu Handen Rechteinhaber.

Revision Urheberrechtsgesetz - Vorgeschichte

- ▶ 2012: Arbeitsgruppe Urheberrecht 2012 (AGUR12) wird eingesetzt, regelmässige Treffen; Schweizer Netzpolitik-Gruppen werden nicht eingebunden!
- ▶ November 2015: Vernehmlassung eröffnet.
- ▶ April 2016: Vernehmlassung beendet.
- ▶ August 2016: Besprechung der Vernehmlassungsergebnisse im Rahmen der AGUR12-Gruppe.
- ▶ Dezember 2016: 1'200 (!) Eingaben mit 8'000 (!) Seiten Vernehmlassungsantworten werden veröffentlicht – "Modernisierung" des Urheberrechts wird allseitig grundsätzlich begrüsst.
- ▶ Sommer 2017: Ein neuer Plan wie es weitergehen soll, wird vorgelegt (nach dem Scherbenhaufen).
- ▶ Behördliche URL zu den Bestrebungen:
<https://www.ige.ch/urheberrecht/agur12.html>

Revision Urheberrechtsgesetz – Forderungen

- ▶ Keine Netzsperrern
- ▶ Beibehaltung des straflosen Downloads
- ▶ Keine Auskunftspflicht gegenüber Verwertungsgesellschaften
- ▶ Strafe für Copyfraud!
- ▶ Limitierung der Verwaltungsausgaben von Verwertungsgesellschaften
- ▶ Keine exklusiven Verwertungsrechtsabtretungen mehr
- ▶ Vergriffene/Verwaiste Werke sollen verfügbar gemacht werden können
- ▶ Keine Three-Strikes-Regelung
- ▶ Werke von öffentlichen Stellen sollen nicht dem Urheberrecht unterstellt werden
- ▶ Ausschluss der Verantwortlichkeit

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Netzsperrern

Fernmeldegesetz

Urheberrechtsgesetz

Datenschutzgesetz

eVoting

Subsection 4

Datenschutzgesetz

Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)

Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen, über die Daten bearbeitet werden.

Heute

- ▶ Empfehlungen an Firmen, keine Bussen
- ▶ Datenauskunftsrecht mit Einschränkungen

neues Datenschutzgesetz

- ▶ Grundlage für die Herausforderungen der nächsten 25 Jahre
- ▶ Vernehmlassung läuft seit 21. Dezember 2016 bis April 2017
- ▶ mehr Kompetenzen: Verfügungen und Strafbestimmungen
- ▶ Orientierung an der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Orientierung an der EU-Datenschutz-Grundverordnung

- ▶ Marktortprinzip (DS gilt für Nicht-EU-Firmen)
- ▶ Risikobasierter Ansatz (Verhältnismässigkeit, Schwere eines Eingriffs)
- ▶ Hohe Bussgelder
- ▶ Löschanpruch ("Recht auf Vergessen")
- ▶ Datenportabilität (Maschinenlesbarkeit, Verbraucherdaten an Konkurrenten)

Orientierung an der Neufassung der ER-Konvention 108

- ▶ Einwilligung zur Datenbearbeitung
- ▶ Strengere Anforderungen für z.B. genetische und biometrische Daten
- ▶ Meldung von Datenschutzverletzungen
- ▶ Erweiterte Informationspflicht und Auskunftsrecht
- ▶ Technikgestaltung (Datensparsamkeit, Privacy-by-Design)

Rekapitulation: Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz

Geheimdienstgesetz NDG

Überwachungsgesetz BÜPF

Beschwerde Vorratsdatenspeicherung (VDS)

Netzpolitik in neuen Gesetzen

Netzsperrern

Fernmeldegesetz

Urheberrechtsgesetz

Datenschutzgesetz

eVoting

Subsection 5

eVoting

Stand

- ▶ Testbetrieb in mehreren Kantonen
 - ▶ für Auslandschweizer beworben??
 - ▶ Zur Zeit auf eine Prozentzahl der Wähler beschränkt
- ▶ Zwei unterschiedliche Systeme im Aufbau:
 - ▶ System der Spanischen Firma Scytl, angeboten durch Post??
 - ▶ CHVote, eine Entwicklung des Kanton Genf
- ▶ universelle Verifizierbarkeit ist nicht gegeben
- ▶ Etablierung von eVoting soll in zwei Dritteln der Kantone bis 2019 abgeschlossen sein

Position

- ▶ Wahl/Abstimmung muss unter Wahrung des Stimmgeheimnisses durchgängig und transparent nachvollzogen werden können.
- ▶ Es muss möglich sein, die Richtigkeit des Resultats nach dem Urnengang zu verifizieren (nachzuzählen), ohne dass bekannt wird, wie welche Person abgestimmt hat.
- ▶ Diese zentrale Anforderung an demokratische Entscheidungsprozesse kann mittels eVoting nicht erfüllt werden.

Anforderungen an die Verifizierbarkeit

- ▶ Individuelle Verifizierbarkeit: Bürger kann den Inhalt der von ihm abgegebenen Stimme prüfen.
- ▶ Wurde die Stimme
 - ▶ gemäss Absicht abgegeben (cast-as-intended)?
 - ▶ im Sinn ihrer Abgabe abgelegt (recorded-as-cast)?
 - ▶ im Sinn ihrer Ablage gezählt (counted-as-recorded)?
- ▶ Papertrail: Die Kopie aller Stimmen auf Papier.

Inhärente Probleme

E-Voting ist sehr komplex:

- ▶ Durch die Anwender nicht nachvollziehbar.
- ▶ Nur für kryptografisch gebildete Personen verständlich (und auch dort nur eingeschränkt im Einzelfall).
- ▶ Endpoint-Security (BYOD ...)
 - ▶ Geräte, welche vom Endnutzer zur Abgabe der Stimme verwendet werden, könnten durch (spezifische) Malware infiziert sein.
- ▶ Selbst ein rein mathematisch/kryptografisch funktionierendes Verfahren kann fehlerhaft implementiert werden (Code-Audits?).

Source-Code

- ▶ URL Source-Code:
`https://github.com/republique-et-canton-de-geneve/chvote-1-0`
- ▶ Lizenz: AGPL 3.0
- ▶ Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wird zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht ...

Adieu ... und Widerstand nach vorne!

Contact

- ▶ Webseite Chaos Computer Club Schweiz (CCC-CH): <https://ccc-ch.ch>
- ▶ Webseite Digitale Gesellschaft Schweiz (Digiges CH) und monatlicher Newsletter zur CH-Netzpolitik: <https://digitale-gesellschaft.ch>
- ▶ Webseite Piratenpartei Schweiz (PPS): <https://piratenpartei.ch/>
- ▶ Hast du Lust auf eine Mate?
 - ▶ Patrick: patrick.staehlin@piratenpartei.ch (Twitter: @packi)
 - ▶ Sabrina: sabrina@ccczh.ch
 - ▶ Simon: simon@digitale-gesellschaft.ch

Diskussion zur Schweizer Netzpolitik

- ▶ Wann: Unmittelbar jetzt – **Heute 21:30 in Halle A.1**
- ▶ Mehr? https://events.ccc.de/congress/2016/wiki/Session:Netzpolitik_in_der_Schweiz_2017